Die große Spaltung

Während Greta Thunberg eine globale Bewegung um sich schart, organisieren sich auf der anderen Seite des Spektrums die Klimawandelleugner. Wer sind sie? Und was treibt sie an? Eine Erkundung.

Foto: Getty Images / Ricardo Rubio / Europa Press

Von Stefan Schocher

Viel ist von Lüge die Rede. Viel von den Freiheiten anderer. Und noch mehr davon, dass „diese Anderen“ einem ihren Willen aufzwängten. Viel ist die Rede von Fremdbestimmtheit, der man sich entziehen müsse; von Kommunismus, von faschistoidem Denken jener da oben. Und die Methoden, mit denen „die da oben“ „uns da unten“ knebeln und knechten, die sind mannigfaltig: Angst müssten wir haben, das sei klar. Und ruhig gestellt müssten wir werden – das sei auch klar.

Die Welt jener Menschen, die den Klimawandel als Erfindung geheimer Zirkel sehen und nicht als ökologische Tatsache, ist sehr oft eine, in der Fakten eine eher untergeordnete Rolle spielen. Es ist aber vor allem eine Szene, die sich zunehmend organisiert und deren Ansichten es bisweilen in die erste Reihe der Politik schaffen: Vor dem Bundestag leugneten AfD-Funktionäre wiederholt den von Menschen gemachten Klimawandel. In Österreich übernahm diese Rolle vor allem die FPÖ. Zuletzt sprach FPÖ-Chef Norbert Hofer etwa mit Blick auf Greta Thunberg von einer „Zöpferldiktatur“ – und erntete in einschlägigen Echokammern viel Lob dafür.

Ein „armes Mädel“

Wenn Edgar Gärtner auf Greta Thunberg zu sprechen kommt, nennt er sie „ein armes Mädel“, das von der Politik und von ihren Eltern missbraucht werde. Gärtner ist Buchautor, Vortragender in einschlägigen Kreisen und sitzt im Fachbeirat der Klimaskeptiker-Organisation EIKE. Bald sagt er, Debatten über den Klimawandel würden von „ganz oben“, von der „Großfinanz“ abgeblockt, ein unterbewusst suizidärer Trieb treibe die Menschen auf die Straße und Europa würde demnächst zur Kolonie Chinas werden.

EIKE ist als gemeinnütziger Verein eingetragen und muss daher keine Finanzen offenlegen. Der Verein sieht sich als Plattform für Menschen, die die Behauptung eines menschengemachten Klimawandels ablehnen. Auf der Homepage des Verbandes ist von „Schwindel gegenüber der Bevölkerung“ die Rede. Jegliche „Klimapolitik“ wird folglich abgelehnt, da sie der Bevormundung von Wirtschaft und Bevölkerung diene und das „Volk“ durch Abgaben belaste.

Edgar Gärtner spricht ruhig und gelassen, wenn er über Netzwerke in Großfinanz, Politik und Industrie ausschweift. Kein Schaum vor dem Mund, keine Häme. Er antwortet klar, legt seine Sicht der Dinge dar. Und die lautet: Eine Klimadebatte gebe es nicht – weil keine Debatten über das Thema zugelassen würden. Den Weltklimarat IPCC sieht Gärtner als Instrument der „Gleichschaltung“, in das Personen von Regierungen entsandt würden und in dem Lobbygruppen die Richtung vorgäben. Er spricht abschätzig von Kommunismus.

Antisemitischer Unterton

Edgar Gärtner leugnet nicht, dass sich das Klima verändert, er freut sich darüber: „Weil die Heizrechnung niedriger ist.“ Woran er zweifelt, ist, wer dafür verantwortlich ist. Und was ihm missfällt, ist, was seiner Ansicht nach hinter der Klimapolitik steckt: Eine Lobby-Politik, durch die die deutsche Autoindustrie und damit Arbeitsplätze vernichtet würden.

Es ist in einschlägigen Foren ein argumentativer Katzensprung von der „Klientel-Klima-Politik“ über die „Öko-Mafia“, die uns aus-nehmen würde wie Weihnachtsgänse, zur Großfinanz. Und von dort ist es wiederum nicht weit zu Theorien mit antisemitischem, antidemokratischem Unterton. Und die Medien? Die seien es ja schließlich, die gezielt Fakten unterschlagen würden, die gezielt nur einen Teil der Wahrheit berichteten.

Das Spektrum ist groß in diesem Feld: Es reicht von Wirtschafts- und Industriellen-Kreisen, in denen in erster Linie Eigeninteressen die Triebfeder sind, über sogenannte Think Tanks und politische Zirkel im neoliberalen bis rechtspopulistischen Lager – bis tief hinein in jene Welt, in der nichts mehr so ist, wie es zu sein scheint: Wo 9/11 eine jüdische Verschwörung war, wo Chemtrails zur Beruhigung der Menschheit abgelassen werden, wo über 5G-Wellen die Gedanken der Menschheit manipuliert werden.

Am pragmatischen und betont faktenorientierten Rand dieses Feldes steht Henrique Schneider, stv. Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes. Immer wieder war er bei Klimakonferenzen in politischen Delegationen vertreten. Die Totalleugner nennt er Sektierer, Klimaaktivisten ebenfalls. Greta Thunberg spricht er die Legitimität ab: Eine 16-Jährige könne der Politik keine Vorgaben machen. Die Bewegung um sie sieht er problematisch: Unter dem „Vorwand des Klimawandels“ machten sich „kommunistische und faschistische Tendenzen“ breit. Dabei sieht Schneider den Klimawandel durchaus als Problem. Nur dass es der „Hype“ darum nicht löse. Panik habe noch nie etwas bewirkt, sagt er.

Schneider ist Marktliberaler und sieht im freien Markt die Lösung. In der Deregulierung der Wirtschaft, durch die technologische Entwicklungen erst ermöglicht würden, die die Klimakrise bekämpfen könnten.

> *„Debatten über den Klimawandel würden von ‚ganz oben‘, von der ‚Großfinanz‘ abgeblockt, sagt Edgar Gärtner.“*

Politische Kontrolle? Bitte nur in Maßen. Dem UN-Prozess kann er indes durchaus etwas abgewinnen. Eben weil er inklusiv sei, weil verschiedenste Interessensgruppen vertreten seien.

Sarah Kessler untersucht an der LMU München, wieso gerade der Klimawandel ein so polarisierendes Thema ist. Sie sieht eine kontinuierliche Spirale: Erst die Griechenland-Krise, dann das Flüchtlingsthema und jetzt eben CO_2. Und was sie ausmacht, sind zwei Debattenstränge, die kaum miteinander in Berührung kommen: Einen elitären Diskurs in TV-Talkshows, Massenmedien und der breiten Öffentlichkeit. Und einen zweiten, der sich hauptsächlich in sozialen Medien oder einschlägigen Foren abspielt. Immer wieder trete ein Motiv zutage, dass die Akteure in diesen Foren antreibe: Dass eine politische Elite über die Köpfe der Bürger hinweg entscheide – während diese Elite selbst inkonsequent agiere. All das innerhalb der komplexen Thematik des Klimawandels, zu deren Lösung der Einzelne kaum etwas beitragen könne. Vor allem aber habe man es mit einem Problem zu tun, das nicht sichtbar sei, das man nicht riechen, nicht schmecken könne. Die Folge: tief sitzendes Misstrauen und Verlustängste.

Zwei Diskurse

Die „Fridays for Future“-Bewegung polarisiert. Während vor allem jüngere Generationen vom Kampf gegen die Klimakrise bewegt sind, sehen Teile älterer Milieus Greta Thunberg als Feindbild.

Es sind vor allem politische Spieler am rechten Rand, die versuchen, dieses Misstrauen für sich zu nutzen. Zuletzt gab die einstige ÖVP-EU-Abgeordnete und spätere Bezirkschefin der Wiener Innenstadt auf FPÖ-Ticket, Ursula Stenzel, ein viel beachtetes Interview. Darin sprach sie von Gigabyte CO_2, meinte tatsächlich wohl Gigatonnen, verrechnete sich, sprach davon, dass dieses CO_2 „in den Kosmos verstrahlt“. Ihre Schlussfolgerung: Sie sehe „die Gefahr, dass auf Grund von wirklich falschen Annahmen, die verbreitet werden, hier Erwartungshaltungen gefördert werden, die zu Radikalität führen müssen.“

Es ist nicht anzunehmen, dass Stenzel mit dieser Aussage Selbstkritik übte. Ihre Stoßrichtung: Was auch immer Europa tut, es bleibt folgenlos. Und auch an wen sie denkt, wenn sie von „Radikalität“ spricht, scheint klar: Greta Thunberg und ihre Klimaschutzbewegung. Jene junge Frau also, die aus einschlägigen Kreisen Häme erntet, egal ob sie gerade in einem Zug sitzt, auf einem Boot – oder eine Rede vor der Weltgemeinschaft hält. Von der selbst manch konservative Journalistin in Österreich annimmt, sie sei eine Erfindung linksextremer Kreise, um vom Flüchtlings-Thema abzulenken.

Noch selten hätte eine junge Frau so viel Wirkung und Sichtbarkeit gehabt, sagt Sarah Kessler in Bezug auf Greta Thunberg. Menschen aus verschiedenen Teilen des weltanschaulichen Spektrums stoße da wohl etwas sauer auf: Dass ausgerechnet eine junge Frau, die so stark aus jeglicher gewohnter Konvention und Hierarchie des politischen Diskurses ausbricht, so viel Aufmerksamkeit erhält.